

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 A 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3 A — &.



Anzeigenpreis.
Der 6-gespaltenen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 15 &;
außwärtiger Preis 20 &. Reklamazeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 4.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Samstag, den 10. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

F. B. 472. Rüdesheim, den 8. Januar 1919.
Das Einfuhr- und Verkaufsverbot der „Metall-Arbeiter-Zeitung“ wird vom Generalkommandanten der Rheinarmee aufgehoben.

Percin,
Rittmeister und Administrateur.

F. B. 473. Rüdesheim, den 8. Januar 1920.
Die Rumänischen Staatsangehörigen, welche sich im Rheingaukreis befinden, müssen sich bis zum 20. Januar mit ihren Papieren beim Kreisverwalter melden.

Der Administrateur.
Percin.

Der Friede.

Paris, 10. Jan. Heute nachmittag 4 Uhr unterzeichneten am Quai d'Orsay im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor v. Simon und Hr. v. Persner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. Nov. Sodann übergab Clemenceau die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow. Damit ist der Friede in Kraft gesetzt. Clemenceau erklärte, daß noch heute abend der Befehl zur Heimsendung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird.

Mit dem in Paris vollzogenen Austausch der Ratifikationsurkunden über den Frieden mit Deutschland und der Errichtung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden ist der Friede endgültig in Kraft getreten. Der Eintritt des Friedenszustandes bedeutet insofern eine Erleichterung für uns, als damit der bereits 14 Monate wogenden Unangewissenheit hinsichtlich unserer Stellung in der Welt ein Ende gemacht wird.

Au der anderen Seite treten mit dem Tag des Friedensbeginns auch die zahllosen ungeheuerlichen Verpflichtungen in Kraft, die der Versailler Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt. Von einer Festimmung kann keine Rede sein. Bitterer Schmerz und tiefe Trauer ergreift uns vielmehr über unsere Ohnmacht. Blühende Provinzen müssen wir den allmächtigen Nachbarn ausliefern, Millionen Deutscher den Polen überantworten. Jahrhundertelange Arbeit ist umsonst getan, ein Raub unserer Gegner. Weite Gebiete müssen erst durch feierliche Abstimmung ihre Zugehörigkeit zum deutschen Reiche erneut fordern und bis dahin die drückenden Lasten einer monatelangen Besatzung durch fremde „Abstimmungs“-truppen über sich ergehen lassen. Im Westen soll die militärische Besetzung sich auf Jahre hinaus erstrecken.

Die erste Folge des Friedensvertrages wird sein, daß der Rat des Völkerbundes durch den Präsidenten Wilson zusammenberufen wird. Dann folgt die Räumung Schlesiens durch die deutschen Truppen noch vor dem 20. Januar. Die Abstimmung in der ersten Zone Schlesiens soll vor dem 15. Januar stattfinden. In der zweiten und dritten Zone soll die Abstimmung eine bezw. zwei Wochen später vor sich gehen. Die Liste der Angeklagten, deren Auslieferung von der Entente verlangt wird, wird vor dem 10. Februar eingereicht sein. Noch vor dem 10. März müssen alle Festungen in der neutralen Zone auf dem rechten Rheinufer geschleift sein. Die deutsche Armee muß vor dem 1. April auf 100 000 Mann verkleinert werden. Die sonstigen Bestimmungen bezüglich der Herabsetzung der Bewaffnung und der Einschränkung der drahtlosen Einrichtungen müssen vor dem 10. April durchgeführt sein.

Große Empörung und Entrüstung wird sich aller Deutschen bemächtigen, wenn die Alliierten mit dem Auslieferungsverlangen an uns herantreten werden. Die Liste der für schuldig befundenen Deutschen soll beträchtlich verkleinert worden sein. Von 1200 Namen, die zuerst auf der Liste gestanden hätten, sollen nur (1) noch 300 stehen geblieben sein, darunter der deutsche Kronprinz und Prinz Rupprecht von Bayern. Freiwillig werden sich wohl die wenigsten dieser angeblich „Schuldigen“ der Entente stellen vielmehr wird sich der größte Teil der Auslieferung zu entziehen wissen. Die Alliierten werden aber auf der Auslieferung des Vertrages bestehen und von Deutschland die Herausgabe unter Androhung von Gewaltmaßnahmen erzwingen. Wie wird sich die Regierung in dieser Lage verhalten? Dürft die Unterzeichnung

des Vertrages ist sie an die Erfüllung seiner Bestimmungen gebunden. Wir stehen hier vor bitter schweren Entscheidungen, vor einer Situation, die der vor der Unterzeichnung des Versailler Friedens verweigert ähnlich sieht.

Der frühere Volksbeauftragte und spätere Reichsminister Otto Landsberg weist im „Vorwärts“ der Entente einen doppelten Weg zum Verzicht auf ihre Forderung. Einmal ermöglichte das deutsche Gesetz über die Aburteilung von Kriegsverbrechen der Entente eine weitgehende Milderung im gerichtlichen Verfahren; dann aber brauche die Entente, um sich einen guten Abgang zu sichern, nur dem Gedanken des Schutzes der kleinen Nationen treu zu bleiben, zu denen sie sich im Kriege so oft bekannt habe. Die Niederlande seien zur Auslieferung des Kaisers weiter verpflichtet noch berechtigt; es bedürfe nur der Erklärung der Entente, daß sie einen ihr aus Rechtsgründen widerstrebenden kleinen Staat nicht vergewaltigen wolle, und der Gedanke des Kaiserprozesses sei erledigt. Es wäre das erste Anzeichen der Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse unter den bisherigen Gegnern, wenn in der Auslieferungsforderung die Vernunft über die Leidenschaft triumphierte.

Eine unmittelbare Folge der Wiederherstellung des Friedenszustandes ist einmal die sofortige Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich dann die allmähliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland. Damit ist der Kriegszustand äußerlich offiziell beendet, ein wahrer Frieden zwischen den Nationen kann jedoch erst mit einer gründlichen Revision des Versailler Vertrages geschaffen werden. Solange das Dokument der Rache und des Hasses dem Gegner als Nichtschmerz dient, haben wir keinen Frieden, sondern einen verschleierten Kriegszustand. Dieser Beendigung des Krieges aber ein Ende zu bereiten, darin wird die deutsche Regierung ihre Hauptaufgabe in der kommenden Zeit sehen müssen.

Die Pariser Besprechungen.

Einzelheiten zur Inkraftsetzung des Friedens.

Die deutschen Beamten in Danzig und Memel stellen auch nach der Inkraftsetzung des Friedensvertrages einwilligen auf ihren Posten. Die Verhandlungen mit den Polen in Paris sind in den Hauptpunkten erledigt. Es wurde ein Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag ausgearbeitet, nach dem die Tätigkeit der deutschen Richter in den von den Polen zu besetzenden Gebieten bis Ende März ausgedehnt wird.

Im Saargebiet soll bis zur Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehenen Regierung ein interimsregimes eingesetzt werden, das nach der Versicherung der französischen Delegierten nur einige Wochen dauern soll. In dieser Zeit soll möglichst wenig an den bestehenden Zuständen geändert werden, weil die Neuorganisation der kommenden Regierung vorbehalten bleibt. Insbesondere soll die Tätigkeit der Gerichte nicht erschwert werden. Bezüglich der Eisenbahndirektion Saarbrücken ist grundsätzlich festgestellt worden, daß die Schaffung einer besonderen Eisenbahndirektion keinen Widerstand findet. Die deutschen Briefmarken werden in der Zeit des militärischen Regimes mit dem Ausdruck „Saargebiet“ herausgegeben.

Durch das Ausscheiden der Amerikaner tritt automatisch eine Verringerung der Besatzung in den Abstimmungsgebieten ein. Nach Schleswig kommen statt der vorgesehenen drei Bataillone nur zwei, nach Danzig statt vier nur drei Bataillone, nach Allenstein statt vier nur zwei, nach Oberschlesien statt 16 nur 12 Bataillone. Nach ausdrücklichen Versicherungen soll noch eine weitere Verringerung eintreten, sobald es sich herausgestellt hat, daß die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleibt.

Heimkehr aus Frankreich.

Zuerst die Rheinländer.

Endlich sollen nun die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich von ihren Qualen erlöst und der Heimat wiedergegeben werden. Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifikation des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet beheimateten zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager, so Gießen, Dären, Jülich und Eschweiler bei Aachen, und zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug

mit etwa 1000 Mann. Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Entkleidung und Auskleidung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt, aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit Ankunftsbenachrichtigung abzugeben. Ein formeller Empfang in den Lagern und gemeinsame Kundgebungen sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen oder den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Ausschmückung der Bahnhöfe ist untersagt. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses festlich begangen werden. Jeder politische Anstrich muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs.

Im Anschluß an die Rheinländer sollen die übrigen deutschen Gefangenen folgen. Im ganzen werden etwa 450 000 in französischer Hand befindliche Kriegsgefangene zurückgeführt. Unter der Voraussetzung, daß die Heimführung flott vonstatten gehen wird, kann damit gerechnet werden, daß bis Ende April dieses Jahres alle in französischen Gefangenenlagern befindlichen Kriegsgefangenen abgeliefert sein werden. Die Abnahmestellen für die Kriegsgefangenen sind errichtet worden in Mannheim, Düsseldorf, Elmberg, Worms und Appenweiler. Von hier aus fahren die Kriegsgefangenen unmittelbar in die Durchgangslager, von wo sie entlassen werden.

Das Arbeitspensum der Nationalversammlung.

Neuwahlen Anfang Juni.

Die Nationalversammlung wird am 13. Januar zu einer kurzen Tagung wieder in Berlin zusammen treten und zunächst das Betriebsrätegesetz in zweiter und dritter Lesung, das neue Ausführungsgesetz zu diesem Gesetz und den Entwurf über die Wahlordnung für die Betriebsräte erledigen. Spätestens am 16. Januar wird sich das Parlament bis zum 18. Februar vertagen. Dann soll das Haus wieder von Mitte Februar bis gegen Ende März und von Mitte April bis zur ersten Maiwoche tagen. Ueber die noch bis dahin zu erledigenden Entwürfe werden demnächst Verhandlungen mit den Regierungsparteien stattfinden.

Außer dem neuen Strauß-Gräberger'scher Steuerentwurf soll die Nationalversammlung noch das Gesetz über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren und die neue Strafprozessreform mit ihren Neben Gesetzen den Etat für 1920 und die neue Beamtenbesoldungsreform erledigen. Dazu kommen noch die Wahlgesetze für den Reichstag, die Wahlkreiseinteilung, das Präsidentenwahlgesetz und einige kleinere Gesetze (Hilfsgesetz u. a. andere). Die Regierung hofft, dieses Material bis Anfang Mai von der Nationalversammlung erledigt zu sehen. Dann soll die Auflösung der Nationalversammlung erfolgen. Für die Reichstagsneuwahlen soll, wie die „Tägliche Rundschau“ von parlamentarischer Seite erfährt, die Reichsregierung die Zeit unmittelbar nach Pfingsten, also Ende Mai Anfang Juni in Aussicht gestellt haben.

Die neuen Steuervorlagen.

Die Verringerung des Aufwandes.

Raum sind die großen Steuervorlagen von der Nationalversammlung verabschiedet, da bittet der Reichsfinanzminister schon wieder das Parlament um Bewilligung neuer Steuern. Es handelt sich, wie der Minister bereits bei seiner Rede in Stuttgart ankündigte, um die Körperschaftsteuer und die Ertragssteuer.

Die beiden Steuerentwürfe betreffen die Reichs-Einkommensteuer durch Hinzufügung von solchen Steuergebieten zu vervollständigen, die mit ihr in enger Verbindung stehen und in der Hauptsache auch schon jetzt der steuerlichen Bewertung unterliegen. So tritt das Ergänzungsgesetz an die Stelle des Besitzsteuergesetzes, durch das bekanntlich der Vermögenszuwachs aus den Jahren 1917, 1918 und 1919 erfasst werden soll, kann daher auch erst nach dem Jahresabschluss von 1920, also nicht früher als im Rechnungsjahre 1921 zur Anwendung kommen.

Die zweite Vorlage führt den Titel „Körperschaftsteuergesetz“ und bezieht die Einkommensteuer, von der zunächst nur die natürlichen Personen betroffen wurden, auf die juristischen Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, auf Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen aus. Die Ergänzungsgesetz stellt eine Sonderbelastung des Vermögens abseits neben dem Einkommen dar, greift aber

über dieses Ziel insoweit hinaus, als sie nicht nur den Teil des Einkommens, der nicht verbraucht worden ist, sondern auch Einkünfte besteuert, die gar nicht mehr vorhanden sind, weil sie vom Steuerpflichtigen verbraucht wurden. Die Besteuerung des Aufwandes, falls er über bestimmte, im Gesetz in Art. 111 festgelegte Bedarfsgrenzen hinausreicht, soll die steuerliche Gegenleistung zur Befreiung der Erbsparnisse, in Form von Einkommensüberschüssen bilden. Die Besteuerung des nicht verbrauchten Vermögens erfolgt durch Ermittlung des Unterschiedes in der Höhe des Reinvermögens am Anfang und Ende des Zeitraumes, auf den die Einkommensteuer veranlagt ist. Von diesem Ueberschuß, wenn ein solcher sich nachweisen läßt, sollen tausend Mark für den Steuerzahler und einige hundert Mark für seine Familienangehörigen freigestellt bleiben, bei den hiernach folgenden ersten 10 000 Mark steht die Steuer mit 1 Prozent ein, hebt sich aber nach Maßgabe der nachweisbaren Einkommensüberschüsse. Der Steuerfuß entspricht den Einkünften des Reichsfinanzministers, daß der Aufwand dreimal so hoch besteuert werden soll, als die Erbsparnisse, denn die Aufwandssteuer steht mit drei Prozent für die ersten 10 000 Mark ein.

Die Aufwandssteuer hat ihren heikelsten Punkt in der Bestimmung über die Höhe des zulässigen Aufwandes. Dieser wird auf 15 000 Mark angesetzt, steigt aber um 5000 Mark für die erste zur Haushaltsführung des Steuerpflichtigen zählende Person und um 2500 Mark für jede weitere Person. Hiernach würden die Lebenshaltungskosten der höheren Steuerklassen durchaus von der Aufwandssteuer getroffen werden. 10 Prozent des Einkommens sollen indes in jedem Fall als ordentlicher Verbrauch gelten und demgemäß von der Steuerquote verschont bleiben.

Im Gesetz sind Beträge vorgesehen, die von der Steuer freibleiben sollen, weil sie zur Deckung unabweisbarer Mehrausgaben aufgewendet worden sind. Geborenwerden und Sterben, Kindererziehung und Krankheiten sind nach dem Augenmaß des Gesetzgebers Vorgänge, die zu Mehrausgaben berechtigen, ohne daß durch die Steuerbefreiung der Vorwurf ungebührlicher Ausgabenwirtschaft erhoben werden darf.

Die Eisenbahnerbewegung.

Weitere Ausdehnung der wilden Streiks.

Der Streik der Eisenbahner in den Direktionsbezirken Westdeutschlands hat sich wieder etwas ausgedehnt, besonders im Essener Bezirk. Auch im Direktionsbezirk Münster haben die Eisenbahner auf Bahnhaltungen, die bisher den Dienst anrecht erhalten hatten, die Arbeit eingestellt, und wie überall bisher, wiederholt sich auch hier die Erscheinung, daß die Eisenbahnbeamten, die bei früheren Ausständen sich bereit zeigten, aus eigener Kraft für die Aufrechterhaltung des Betriebes zu sorgen, diesmal sich mit den Arbeitern, wenn auch nicht direkt solidarisch erklären, so doch sympathisieren und die wilden Streiks nicht bekämpfen.

Nach wie vor sind die Lebensmittelzüge vom Streik ausgenommen, d. h. es werden ihnen keine direkten Hindernisse in den Weg gelegt, man läßt sie auf allen Stationen passieren, wenn sie durchkommen. Aber es geschieht nichts, um diese Lebensmitteltransporte auch sicherzustellen, so daß bei einer längeren Dauer des Streiks auch dieser Verkehr der Lebensmittelzüge allmählich immer geringer werden dürfte. Infolge des Eisenbahnerstreiks im Hagenen Bezirk konnte die Milch von der städtischen Molkerei in Bielefeld nicht zum Versand gebracht werden, so daß die meisten Säuglinge des Bochumer Stadtgebietes ohne Milch sind. Wenn der Streik fort dauert, wird er auch die Kriegsgefangenenheimkehr, die jetzt sofort einsetzen soll, unmöglich machen.

Mit der Zentralstreikleitung in Elberfeld wurde eine Vereinbarung dahin erzielt, daß die Kohlenzufuhr für die städtischen Industriebetriebe in Düsseldorf nach Möglichkeit aufrechterhalten werden soll. Ein Schnellzugpaar Köln-Berlin über Düsseldorf ist genehmigt, jedoch ein Ein- und Aussteigen in Düsseldorf nicht gestattet. Die Streiklage ist im übrigen in Düsseldorf unverändert.

Wie die „P. B. N.“ erfahren sind in München die Eisenbahner mit der Forderung von 100 Prozent Lohnerhöhung an die Regierung herangetreten. Zurzeit schweben noch Verhandlungen, die durchaus ruhig und sachlich verlaufen. Auch die sächsischen Eisenbahner sind, wie den „P. B. N.“ aus Dresden berichtet wird, mit neuen Lohnforderungen an die Regierung herangetreten.

Da der Arbeitsminister mitgeteilt hat, daß die Tarifverhandlungen bis zum 20. Januar abgeschlossen sein werden, haben die Dresdener Eisenbahner ihren Streik vorläufig bis zu diesem Datum hinausgeschoben.

Der neue Eisenbahntarif für den Westen angenommen.

Die Verhandlungen des preussischen Eisenbahnministeriums mit den Vertretern der streikenden Eisenbahner nehmen weiter ihren befriedigenden Verlauf. Teilweise sind die Tarifverhandlungen bereits zu einem gewissen Abschluß gekommen, als im Einvernehmen mit den Gewerkschaften der Tarif für die westlichen Direktionsbezirke bereits festgesetzt und angenommen worden ist. Der Tarif sieht eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne von 1 Mark für die Stunde vor. Die Verhandlungen, die fortgesetzt werden, werden nunmehr auf die Festlegung der Tariffätze für die übrigen Direktionsbezirke gehen. Die Ausbringung der Mittel, die der neue Tarif erfordert, kann nur durch eine ebenso bedeutende Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr erfolgen. Die Verhandlungen darüber zwischen den einzelnen deutschen Eisenbahnverwaltungen sind bereits im Gange. In welchem Ausmaße die Erhöhung erfolgen wird, steht noch nicht fest, jedoch wird sie nicht gering sein.

Die Forderungen der Dortmunder Eisenbahner.

Der Eisenbahnerstreik hat sich in Dortmund in der Erwartung verschärft. Am Nachmittag fand eine von etwa 8000 Personen besuchte Versammlung am Rebenbaumplatz statt. Nach stundenlangem stürmischen

Aussprache wurde beschlossen, daß die Streikleitung aus vier Gewerkschaftlern und drei Mitgliedern der früheren „Wilden Leitung“ bestehen soll. Der Streik soll so lange durchgehalten werden, bis folgende Forderungen erfüllt sind: sofortige Bewilligung aller tariflichen Forderungen, rückwirkende Zahlung der Lohnsätze der Tarifvorlage ab 1. Oktober 1919, Bezahlung der Streikschichten, Nachzahlung der unrichtig verteilten Wirtschaftsbeträgen an alle Beteiligten, keine Maßregelung, schleunige Durchführung der Beförderungreform für die Beamten, auf deren Solidaritätserklärung man rechnet. Es wurde beschlossen, sämtliche Notstandsarbeiten zu verweigern.

Post- und Telegraphenarbeiter streiken ebenfalls.

Die Post- und Telegraphenarbeiter der Oberpostdirektionen Düsseldorf, Dortmund und Münster sind ebenfalls in den Ausstand getreten, weil ihnen statt der geforderten 75 prozentigen Lohnerhöhung nur eine solche von 25 Prozent bewilligt worden ist.

Streik auch im besetzten Gebiet.

Dr. Befürchtung, daß der Eisenbahnerstreik auch nach dem besetzten Gebiet übergreifen würde, ist eingetreten. Seit Freitag vormittag wird im Eisenbahndirektionsbezirk Aöln gestreikt. Die Zustufung, daß 3,50 Mark für die Stunde bezahlt werden solle, wurde als nicht weitgehend genug bezeichnet. Vom Kölner Hauptbahnhof gehen keine Züge mehr.

Politische Rundschau.

— Berlin, 10. Januar 1920.

Die Reichsregierung plant ein Gesetz über die Weiterverwendung der aus Elsaß-Lothringen und Posen vertriebenen deutschen Beamten.

Der Reichsbankausweis für den 31. Dezember weist einen Papiergeldumlauf von 49½ Milliarden auf.

Zu den Verhandlungen über Oberschlesien hat sich als Sachverständiger der Abg. Ullrich (Str.) nach Paris begeben.

Die Verfassungskommission trat in den letzten Tagen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zu eingehenden Beratungen über die Entwurfung der Saluta zusammen. Die Kommission sieht das einzige durchgreifende Mittel, auf die Dauer zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Saluta zu gelangen, in der Förderung der inländischen Produktion, die in erster Linie nur durch eine gesteigerte Arbeit des ganzen Volkes erreicht werden könne. Der zurzeit vorhandene erschreckende Rückgang der inländischen und gewerblichen Produktion beruht wesentlich auf der mangelnden Rohstoffförderung und der durch die Transportverhältnisse bedingten mangelhaften Verteilung der Rohstoffe. Die Beschaffung von geeigneten Wohngelegenheiten für die Kohlenarbeiter sei zum Zwecke der Erhöhung der Kohlenproduktion zu beschleunigen. Die Kommission empfiehlt weiter für alle Gebiete der Wirtschaft, insbesondere hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, eine Prüfung der Frage, inwieweit die beträchtlich festgesetzten Preise im richtigen Verhältnis zueinander stehen und einen angemessenen Ertrag für die Unkosten der Produktion enthalten. Die Kommission regt an, die nachschüssigen Erzeugerpreise schon im nächsten Monat bekanntzugeben, damit sie der Landwirtschaft vor Inangriffnahme des Frühjahrsaubaus bekannt sind.

Die beträchtliche Erhöhung der Kohlenpreise. Wie die „Vossische Zeitung“ erzählt, schweben gegenwärtig Beratungen über eine Erhöhung der Kohlensteuer. Sie beträgt bisher, laut Gesetz vom 8. April 1917, 20 v. H. des Wertes. Zu entrichten ist diese Steuer, wie bekannt, vom Produzenten, doch ist ihre Abwälzung auf den Verbraucher im Gesetz selbst vorgesehen. Ihr Ertrag wurde zunächst pro Jahr auf eine halbe Milliarde geschätzt. Er ist indes infolge der Steigerung der Kohlenpreise jetzt auf 1½ Milliarden Mark zu veranschlagen. Die Erhöhung, die nunmehr in Aussicht genommen ist, soll sehr beträchtlich werden. Man sagt einen Ertrag von vier Milliarden Mark pro Jahr ins Auge, ferner die Festlegung dieser Erhöhung für einweilen nur ein Jahr.

Der Stand der Brotgetreideversorgung. Der Stand der Brotgetreideversorgung, über den in den letzten Tagen, ungeachtet beruhigender Mitteilungen der Regierung, Beunruhigung herrscht, wird in einem offenbar amtlich beeinflussten Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nochmals in ausführlichen Darlegungen als durchaus nicht kritisch geschildert. Wie bereits mitgeteilt wurde, reichen die Lagerbestände zusammen mit den bereits angeordneten Lieferungen schon jetzt für ein bis einhalb Monate. Nach den in den letzten Tagen bei der Reichsgetreidekasse eingelaufenen Meldungen zeigte sich eine allmähliche Steigerung der täglichen Andienungen. Man wird darin bereits den Beginn der Wirkung der Abteferungsprämien zu sehen haben. Daraus ergebe sich die begründete Aussicht, daß auch für den weiteren Verlauf die Brotgetreideversorgung durchaus gesichert werden könne. Besonders wichtig ist, daß die notwendigen Getreidebestände noch im Lande vorhanden sind. Von einer Gefahr des Zusammenbruchs unserer Getreideversorgung könne daher keine Rede sein. Die Bereitstellung entsprechender Zahlungsmittel für den Ankauf überseeischer Getreidevorräte sei bereits in die Wege geleitet.

Familientag der Hohenzollern? Von zuständiger Stelle erzählt die „Vossische Presse“ aus Amsterdam, daß nach der Ratifizierung des Friedensvertrages vom ehemaligen deutschen Kaiser ein Familientag der Hohenzollern zusammenberufen werden wird, der wahrscheinlich in Holland stattfinden dürfte. Die Vermutung, daß in diesem Familientag die zukünftige politische Haltung der Hohenzollern beraten werden wird, wird als unrichtig bezeichnet, es soll vielmehr lediglich die Vermögensabfindung und der zukünftige Aufenthalt der Hohenzollern besprochen werden.

Meeresturm in der Nordsee. Im ganzen Gebiet der Nordsee tobt ein schwerer Südweststurm, wie von Helgoland gemeldet wird, von Orkanstärke. Kein Schiff kann auslaufen. Der gesamte Verkehr stockt. Aus See außen schiffend Dampfzer in Cuxhaven ein.

Locales und Provinzielles.

*S Geisenhew, 13. Jan. Gestern Nachmittag fand auf dem Rathause eine Stadtverordnetenversammlung statt, zu der sämtliche Stadtverordnete und sämtliche Magistratsmitglieder erschienen waren. Herr Stadtverordnetenvorsteher Geheimrat Dr. Ehrhard leitete die Verhandlungen. Das Protokoll führte Herr Stadtsassistent Schoenwetter. Der Sitzungssaal ist stark besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die Stadtverordneten zur ersten Sitzung im neuen Jahre und erteilte dem Herrn Bürgermeister zum Punkt 1 Einführung und Verpflichtung der neugewählten Magistratsmitglieder das Wort. Dieser führte aus: Es seien augenblicklich schicksalsschwere Stunden, die wir durchlebten, noch nicht 48 Stunden seien verflossen, daß der Friedensvertrag angenommen und ausgetauscht worden sei. Die Bestimmungen des Vertrages treten nunmehr in ihre Rechte, aber auch das neue Rheinland-Abkommen, dessen Wortlaut erst vor wenigen Stunden bekannt geworden sei, bringe uns schwere Härten, schwere Sorgen und schwerwiegende Folgen zugehen. Unser Vaterland sei nach der Revolution bis jetzt noch nicht zur Ruhe gekommen. Es herrsche im ganzen Reich schwerste Teuerung, bittere Not an Lebensmitteln, bittere Not an Rohstoffen und Kohlen: werfen ihre Schatten auf unser Vaterland, unsere Heimat und alles spiegelte sich wieder in unserer Stadt. Es sei für die neugewählten Magistratsmitglieder deshalb ein schwerwiegender und verantwortungsvoller Entschluß unter diesen Umständen das Amt eines Magistratsmitgliedes zu übernehmen. Die Magistratsmitglieder müßten sich ihrer schweren Verantwortung bewußt sein, die doppelt schwer für sie sei, da sie Neulinge in dieser Sache seien. Die alten, teilweise bewährten Kräfte des Magistrats seien reslos ausgeschieden. Möchten sich die neuen Kräfte in ihrem neuen Amte alle bewähren. Im Magistrate komme es viel auf eine rasche Tätigkeit aller Mitglieder an. Es bestünde vielfach die Ansicht, die Tätigkeit der Magistratsmitglieder bestünde in einem pünktlichen Besuche der Sitzungen, um sich die sorgfältig ausgearbeiteten Punkte vortragen zu lassen und zu begutachten. Bei den früheren Mitgliedern des Magistrats habe dies teilweise zugefallen, bei einem anderen Teile aber nicht. Die neuen Mitglieder müßten den Grundsatz mitbringen, selbst tüchtig mitzuarbeiten. Gerade in einer Kleinstadt sei die Mitarbeit sämtlicher Magistratsmitglieder von sehr großer Wichtigkeit, anders wie in einer Großstadt; dort seien immer eine Anzahl besoldeter Magistratsmitglieder, deren Degenate müßten bei uns die unbefoldeten Mitglieder übernehmen und verwalten. Jeder müsse alle seine Kenntnisse und Erfahrungen verwerten um die schweren Aufgaben zu bewältigen, die die Stadtverordneten bewegen. Als besonders schwierige Frage bezeichnet sodann der Herr Bürgermeister die Vertretung des Wirtschaftsamtes, dessen Leiter nicht mehr dem Magistrat angehöre, einer der neuen Mitglieder müsse diesen Posten übernehmen und auch die Verantwortung der Bevölkerung gegenüber tragen. Eine weitere schwere Aufgabe sei die Wohnungsfrage. Die Wohnungskommission müsse in Kraft treten und die Wohnungsfrage müsse gelöst werden. Es könne nicht so weiter gehen wie bisher. Auch für die Forstverwaltung sei eine bewährte Kraft, die ausgeschieden sei, nicht mehr da. Eine gesunde Bewirtschaftung unseres Waldes sei aber unbedingt nötig im Interesse unserer Steuern, da das Geld was der Forst bringt nicht durch Steuern aufgebracht zu werden braucht. Auch das Steuerwesen habe sich von Grund auf geändert. Die Gemeinden hätten nicht mehr die Macht selbständig ihre Steuern festzusetzen. Sie seien darauf angewiesen, was das Reich und das Land ihnen von dem Steuerfusse ablasse. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Wohlfahrtspflege. Das Bedürfnis nach Unterstützungen sei so groß wie nie zuvor. Der neue Magistrat müsse dieser Frage besondere Aufmerksamkeit schenken. Alle die wichtigen Fragen könnten nicht vom Bürgermeister allein gelöst werden. Es müsse ein genauer Arbeitsplan ausgearbeitet werden, in welchem jeder positive Arbeit zu leisten habe. Er habe auch keinen Zweifel, daß bei allen neugewählten Magistratsmitgliedern die Absicht bestehe, alles zu tun, was nötig ist und daß diese Arbeit für die Stadt Segen bringen möge. Das Magistratsmitglied muß sein Ressort auch nach außen vertreten, das Publikum muß sich an ihn wenden können, auch die Stadtverordnetenversammlung hat das Recht, ihn in ihren Sitzungen zu sehen. Der Bürgermeister ist überzeugt, daß die neuen Magistratsmitglieder ihr Ehrenamt so auffassen, wie er es geschildert hat, und wünscht ihnen in diesem Sinne erfolgreiche Arbeit und die daraus folgende Befriedigung in ihrem neuen Verufe. Nach dieser Ansprache verpflichtete der Herr Bürgermeister die 6 neugewählten Magistratsmitglieder durch Handschlag an Eidesstatt. Sodann begrüßte der Stadtverordnetenvorsteher die Magistratsmitglieder. Er hofft auf ein gemeinsames Zusammenarbeiten zum Wohle der Stadt.

Punkt 2. Die an Stelle der in den Magistrat gewählten Mitglieder Herren Buchholz, Häutert und Weber in die Versammlung eintretenden neuen Mitglieder Frau Blum und Herren Hertin und Joh. Kreis werden durch den Vorsitzenden ebenfalls durch Handschlag verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

Punkt 3. Die in der Versammlung vom 12. Dez. als Kreistagsabgeordnete gewählten Herren Bürgermeister Dr. Schneider und Martin Scholl haben, da bei der damaligen Wahl 2 Formfehler vorgekommen sind, ihr Amt als Kreistagsabgeordnete niedergelegt. Ein gegen die Wahl eingelegter Einspruch der Mitglieder der Zentrumsfraktion war vom Ministerium abschlägig beschieden worden. Es wird deshalb heute eine neue Wahl vorgenommen, die das Ergebnis hat, daß die bisher gewählten Herren Bürgermeister Dr. Schneider und Martin Scholl mit je 10 Stimmen wiedergewählt werden. Die Mitglieder der Zentrumsfraktion beteiligten sich nicht an der Wahl. Die beiden Kreistagsabgeordneten nehmen die Wahl an.

Punkt 4. In die Lebensmittellkommission wird für die in die Stadtverordneten-Versammlung eingetretene Frau Blum Herr Verwalter Wilhelm Medel gewählt. In die Kommission für Gas, Elektrizität und Wasser die Herren Hertin und Seiger an Stelle der jetzigen Magistratsmitglieder Buchholz und Weber, beide nehmen die Wahl an.

Punkt 5. In den Hauptausschuß wird Herr Stö. Hertin und in den Bauausschuß Herr Stö. Joh. Kreis gewählt, die Gewählten erklären die Annahme der Wahl.

Punkt 6. Als Abordnung zu den regelmäßigen Revisionen des Magistrats werden die beiden Herren Bankdirektoren Dorisch und Hertin gewählt, die die Wahl annehmen.

Punkt 7. Zur Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen soll auf Verfügung des Reichswohlfahrtsministeriums eine Kommission gebildet werden. Für unsere Stadt soll sie aus 10 Mitgliedern bestehen. Der Hauptausschuß hat eine Vorschlagsliste aufgestellt, nach welcher 5 Hausbesitzer und 5 Mieter der Kommission angehören sollen. Sie wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Kommission besteht aus den Herren Fritz Rammersbach, Fr. Gutmann, Joh. Schulteis, Fr. Schwan, W. Münch, Lehrer Viehmann, S. Elmayer, Gg. Sunkel, Ant. Kessler und Joh. Nögler.

Punkt 8. Auf ein Gesuch des Schuldieners Jakob Kastenholz wird dessen Teuerungszulage rückwirkend ab 1. Oktober von 400 auf 1500 M. erhöht. Die Versammlung ist einstimmig für Annahme dieses Magistratsbeschlusses.

Punkt 9. Uebernahme der anteiligen Kosten des Miteinigungsamtes auf die Gemeinde. In einer früheren Sitzung war dieser Punkt bereits einmal durchberaten worden. Da aber damals die Kosten nicht zahlenmäßig angegeben waren, abgelehnt worden. Nach der neuen Anforderung belaufen sich die Gesamtkosten des Miteinigungsamtes auf rund 4000 M., die sich auf eine Einwohnerzahl von 21000 verteilen. Auf Geisenheim entfallen demnach ca. M. 760.— Der Hauptausschuß empfiehlt die Uebernahme der Kosten, was das Kollegium auch einstimmig bewilligt.

Punkt 10. Die Vertretungskosten für den erkrankten Herrn Lehrer Fluck werden auf Empfehlung des Hauptausschusses bewilligt.

Der Vorsitzende bringt sodann einen Antrag des Magistrats auf Verwendung des seit dem Jahre 1882 angelegten Hochwasserfonds zur Verlesung. Die Stadtverordneten beschließen die Verhandlung des Punktes. Es handelt sich um eine Summe, die bei der Hochwasserkatastrophe des Jahres 1882 übrig geblieben war und für ähnliche Zwecke zinstragend angelegt, heute 924 Mark ausmacht. Nach Vorschlag des Magistrats soll er zur Linderung der Hochwasserschäden benutzt werden, hauptsächlich sollen Kohlen besorgt werden, damit die durchnässten Häuser ausgetrocknet werden können. Die Versammlung ist mit der Verwendung einverstanden.

Nach Schluß der Tagesordnung fragt Herr Stö. Hertin den Magistrat, wann die Wahlen zur Schuldeputation stattfinden. Der Herr Bürgermeister verliest die gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Wahl bisher nicht stattfinden durfte. Herr Hertin verliest aber eine neuere ministerielle Verfügung, die aber hier an amtlichen Stellen noch nicht bekannt ist. Nach Bekanntwerden dieser Verfügung wird dann auch in unserer Stadt die Neuwahl der Schuldeputation nötig sein.

§ Geisenheim, 13. Jan. Mit dem Austausch des Friedensvertrages am 10. Januar sind für das besetzte Gebiet die Bestimmungen des Rheinlandsabkommens in Kraft getreten. Ein Abdruck der sehr umfangreichen Bestimmungen ist von heute Morgen an am Rathause angeheftet, zur allgemeinen Kenntnisnahme.

§ Geisenheim, 13. Jan. In den letzten Tagen befindet sich der Wasserstand des Rheines erneut in einem bedrohlichen Ansteigen. Da auch vom Oberlauf weiteres Steigen gemeldet wird und auch der Main und Neckar große Wassermassen bringen könnte, vielleicht eine neue Hochflut hereinbrechen, die der erst vor einigen Tagen überstandenen gleichkommt. Der Sturm und das Unwetter der letzten Tagen lassen jedenfalls das Schlimmste befürchten.

Geisenheim, 13. Jan. Das von der hiesigen, evangelischen Frauenhilfe veranstaltete Kirchenkonzert zum Festen der Armen- und Krankenpflege, das seiner Zeit wegen plötzlicher Verhinderung eines Teiles der Künstler verschoben werden mußte, soll nunmehr am nächsten Sonnabend, den 17. ds. Mts., nachmittags um 6 Uhr stattfinden. Es war sehr schwierig noch einmal einen Tag zu finden, an dem sich alle die Künstler, die ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt hatten, für Geisenheim frei machen konnten. Sowohl das fein ausgestattete Programm, wie die große Begabung der mitwirkenden Künstler bieten eine sichere Gewähr dafür, daß die Darbietungen des Konzerts auf einer außergewöhnlichen Höhe stehen werden. Der Violinvirtuose, Herr G. Erbell, ist ein ganz bedeutender Meister seines Instruments. Auf seine besondere Befähigung für Bach wurde schon in einem früheren Artikel hingewiesen. Als kürzlich der berühmte Pianist Naeel Roehalski in Wiesbaden ein Konzert gab und darin eine von ihm selbst komponierte Sonate für Klavier zum Vortrag bringen wollte, hatte er sich Herrn Groell als Partner für die Violine ausgesucht und Herr Groell spielte auf seiner wundervollen Stradivariageige so meisterhaft, daß er stürmischen Beifall erntete und immer wieder hervorgerufen wurde. Hier in Geisenheim hat der junge Geiger, Herr Korn, mit seinem Spiel schon öfters großen Beifall gefunden und mit Recht. Herr Korn ist Schüler des Herrn Groell. Wenn aber der Schüler schon so Treffliches leistet, wie bedeutend werden dann erst die Leistungen des Lehrers sein? Herr Groell wird von seinem besten Schüler Herrn Baum begleitet sein und mit ihm unter anderem ein selten gespieltes, prachtvolles Violinkonzert von Bach für 2 Violinen und Orgel zu Gehör bringen. Damit neben Handel und Bach auch moderne Musik nicht fehle, wird Herr Groell einen Satz

aus einem Violinkonzert von Goldmark vortragen. Frau Geheimrat Duisberg, die so gütig war, ihre Mitwirkung zuzusagen, hat ebenfalls kürzlich bei verschiedenen Gelegenheiten in Wiesbaden gesungen und größten Beifall geerntet. Die Begleitung auf der Orgel hat Herr Kapellmeister Selter übernommen, wenn er an dem genannten Tage nicht vom Landestheater in Wiesbaden in Anspruch genommen wird. Näheres über die Preise der Plätze ist aus der Anzeige zu ersehen. Da wegen des beschränkten Raumes von den Altarplätzen nur eine geringe Anzahl zur Ausgabe gelangen kann, wird jeder, der auf einen solchen Platz reflektiert, gut tun, sich einen solchen alsbald zu sichern.

§ Geisenheim, 13. Jan. Operetten-Abend. Am Dienstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr findet auf Veranlassung der Bürgergesellschaft, Geisenheim im Saale des „Deutschen Hauses“ ein Operetten-Abend statt. Zum Vortrag gelangen in reicher Auswahl die schönsten Nummern aus älteren, sowie modernen Operetten. Teils Solofestspiele, teils Duette, Terzette, und am Schluß ein Quartett ist jede einzelne dieser Nummern bei erstklassiger, künstlerischer Wiedergabe ein Kabinettstück. Mitwirkende sind die beliebte temperamentvolle Opernsängerin Martha Bommer, die jugendliche Opernsängerin Hanna Huber, der Opernbuffo und Operettenchor Heinrich Schorn und der Meistertrompeter Schauspieler Hans Bernhöft. Die Klavierbegleitung liegt in den bewährten Händen des Kammermusikers Hermann Hennig, welcher sich in dem Konzertwalzer aus „Tausend und eine Nacht“ von Strauß-Goldstein auch solistisch betätigen wird. Sämtliche Mitwirkende sind Mitglieder des Nassauischen Landestheater in Wiesbaden. Nummerierter Platz (reserviert) 4,50 M., 1. Platz 3,50 M., 2. Platz 2,50 M. Vorverkauf: in den Buchhandlungen von P. Hillen und W. Aug. Oßern und im Cigarrengeschäft von M. Simon. Bei dem starken Andrang, der an dem Abend zu erwarten ist, ist zu empfehlen sich recht frühzeitig mit Eintrittskarten zu versorgen.

Geisenheim, 13. Jan. Am Sonntag, den 18. ds. Mts. kommt wieder die bekannte und beliebte Lustspielfirma Blumenthal und Kadelburg zu Wort, die mit Kinoabenteuer „Im weißen Rößel“ und „Als ich wiederkam“ durch das Gastspiel der Direktion Württemberg die denkbar günstigsten Erfolge erzielt. Zur Aufführung gelangt der vielbelächte Schwan „Ueber'm großen Teich“ in 4 Akten. Nachm. 1/4 Uhr Dornröschen oder der 100jährige Schlaf. Der Spieltag von Samstag ist diesmal auf Wunsch hiesiger Theaterfreunde auf Montag Abend verlegt, woselbst das sensationelle Offiziersdrama aus dem Balkan „Krone und Fessel“ aus dem englischen überetzt von Siegfried Scholz in 5 Akten gegeben wird.

Geisenheim, 13. Jan. Arbeitsüberlastung bei den Banken. Man teilt dem W. Tgbl. mit: In den letzten Monaten hat, namentlich seit der Verordnung über den Depotzwang und durch die Verarbeitung der gezeichneten Spar-Prämien-Anleihe der Geschäftsverkehr bei den Banken einen solchen Umfang angenommen, daß es vielfach nicht mehr möglich ist, ihn in geordneter Weise zu bewältigen. Die Beamten sind anhaltend bis in die späten Abendstunden hinein beschäftigt und bald am Ende ihrer Arbeitskräfte angelangt. Da die Verhältnisse fast überall dieselben sind, fällt es auch außerordentlich schwer, eine geeignete Verstärkung des Personals herbeizuführen, da es eben an geschulten Kräften fehlt. Unter solchen Umständen wird sich natürlich diesmal auch die Fertigstellung der Kontoauszüge nicht so prompt bewerkstelligen lassen, wie es sonst der Fall war. Das Publikum muß hierauf Rücksicht nehmen und muß den geschilderten Umständen auch insofern Rechnung tragen, daß es möglichst vermeidet, die Banken mit aufschreibbaren Angelegenheiten und namentlich unnötigen Anfragen in Anspruch nehmen. Namentlich Anfragen über die diesjährige Steuererklärung ist zwecklos, weil hierüber, wie überhaupt über die Durchführung der neuen Steuerge- setze und namentlich des Reichsnotopfers, hier im besetzten Gebiet absolut noch nichts Zuverlässiges bekannt ist.

KWA. Geisenheim, 18. Jan. Die Reichsregierung hat laut der in den amtlichen Blättern erschienenen Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums bestimmt, daß jedem Kartoffelerzeuger der 50%, seines Ablieferungssolls erfüllt hat, für jeden weiter abgelieferten Zentner Kartoffel eine nach dem Maße der Ablieferung steigende Prämie erhält. Kartoffelerzeuger haben nach Abzug ihres Eigenbedarfs von 5 Zentner auf den Kopf für die eigene Ernährung, 10 Zentner Saatgut je Morgen entsprechend der vorjährigen Anbaufläche und außerdem 10% (nicht 20%) der Gesamternte als Schwund-Reserve und Verfütterungsmengen, für jeden Zentner weiter abzuliefernden Kartoffeln Anspruch auf die entsprechende Prämie, d. h. also die Prämie steht ihnen zu, wenn sie mehr als die Hälfte der aus ihrer Ernte errechneten Ueberschüsse für die Allgemeinerversorgung auf ordnungsmäßigem Wege d. h. an Gemeinden oder auf Bezugs-scheine an Versorgungsberechtigte abgegeben haben. Anträge hierauf sind bis zum 10. Februar d. J. dem zuständigen Bürgermeisterrat zur Prüfung vorzulegen. In Anbetracht der außerordentlichen Kartoffelknappheit wird nunmehr erwartet, daß zu dem jetzigen angemessenen Preise jede entbehrliche Kartoffel für die Allgemeinerversorgung abgeliefert wird.

× Vom Rhein, 12. Jan. Nachdem zuerst am Samstag fallendes Wasser vom Oberrhein gemeldet war, stieg der Rhein von Sonntag an infolge gewaltiger Regengüsse, ganz bedeutend. Während der Wasserstand am Samstag noch einen Stand von 3,00 Meter anzeigte, war heute früh bereits ein Stand von 3,87 Meter und gegen Nachmittag ein Stand von 4,20 festzustellen, so daß der Rhein von Sonntag bis heute um 1,20 gestiegen ist. Die Nahe die mit schmutzig gelben Fluten reißend dahinströmt, erinnert an die Schreckensstage vor 2 Jahren. Der seit Samstag anhaltende Regen an der Mittelnah, steigerte sich gestern zu einem Wollenbruch, der bei Rinn niederging und furchtbare Verheerungen und Verwüstungen anrichtete. Bei Kronweiler und Oberstein rutschte der Bahndamm, so daß der Bahnverkehr stark behindert ist. Kreuznach, Bad Münster

a. St. und die niederen gelegenen Naheorte stehen gänzlich in ihren unteren Teilen unter Wasser. Auch in Münster b. B. sind die an der Nahe gelegenen Häuser bedroht. Das benachbarte Dietersheim wurde wieder besonders schlimm von den reißenden Fluten mitgenommen. Die Keller waren in den letzten Tagen bereits geräumt worden. Gestern mittag wurden die Wohnungen geräumt und das Vieh fortgeschafft. Heute früh um 2 Uhr kündeten die Wachen an, daß die Flut nahe. Heute früh stieg die Nahe noch immer. In Bingen wurde die Feuerwehr gegen 12 Uhr alarmiert. In der Gerbhausstraße wurden bereits alle Vorkehrungsarbeiten getroffen. Es ist ein Glück, daß der Rhein noch niedriger wie die Nahe ist und dieser daher einen schnelleren Abfluß ermöglicht, den sie auch unter Tosen und Brüllen vollzieht.

× Vom Mittelrhein, 12. Jan. Der Schleppdampfer Fendel Nr. 12 fuhr am Samstag mit 4 Schiffe im Anhang von hier zu Tal. Um einem Amsterdamer Güterboot auszuweichen, mußte er die Richtung nach dem neuen Fahrwasser einschlagen, kam aber beim Mäuseturm ins Schneetreiben. Beim Einschwenken in die starke Strömung stieß der linke beladene Schleppplan der beiden ersten Rähne gegen die Ufermauer und erlitt starke Beschädigungen am Bug und an der Seitenwand. Er lief voll Wasser und sank im Clemensgrunde. Durch den starken Anprall stießen die folgenden beiden Lehrsähne stark gegen den ersten Rahn und erlitten mehr oder weniger Beschädigungen an der Spitze bzw. am Hinterteil. Durch Auswerfen der Notanker wurden weitere Unfälle verhütet. Die 3 Schiffe wurden wieder nach der hiesigen Rheede zurückgeschleppt. Das Unglück kam so schnell, daß die Mannschaft des gesunkenen Rahnes gerade noch das nackte Leben retten konnte. Der übrige Schiffsbetrieb wurde hierdurch nicht gestört. Die 3 Rähne wurden trotz ihrer Beschädigungen talwärts geschleppt. Der gesunkene Rahn muß gehoben und geleichtert werden. Man hofft einen Teil der Ladung, die aus Zement und Salz besteht, noch bergen zu können.

Zu den bevorstehenden Oberammergauer Passionsspielen in Frankfurt a. M. Vom 24. Januar bis 1. Februar dieses Jahres finden in der großen Kunst- und Festhalle in Frankfurt die weltberühmten Passionsspiele statt, die eine getreue Wiedergabe der Oberammergauer Spiele bieten. Wenn in dem Dorfe Oberammergau alle 10 Jahre die Passionsspiele aufgeführt werden, so ist dies ein Ereignis, welches mit seinen Anführungen in allen Weltteilen klingt und aus allen Ländern Tausende und Abertausende in das stille, schmucke Dorf lockt. Aber nicht jedem ist es ermöglicht dorthin zu reisen und sich an diesen einzigartigen Darstellungen zu erbauen. Darum ist es zu begrüßen, daß eine Gesellschaft unter der Leitung der bekannten Gebrüder Fajnacht sich die Aufgabe gestellt hat, die Passionsspiele der Oberammergauer der großen, breiten Volksmenge zugänglich zu machen. Die eigens zu diesen Spielen aufgebaute Festspielbühne besteht wie in Oberammergau selbst aus 4 Teilen, einem Vorplatz, auf dem sich die großen Volkskassen abspielen, einem Innenraum, der eigentlichen Hauptbühne und zu beiden Seiten die Paläste des Pilatus und des hohen Priesters. Es werden bei den Aufführungen 800 Personen mitwirken. Für die Güte dieser einzig dastehenden Darbietungen sprach schon der Massenbesuch, den die Festspiele in Dresden, Leipzig, Stuttgart, Mannheim, Düsseldorf, Essen, Brüssel, Freiburg etc. hatten.

Aus Stadt und Land.

Ein Meise-Poststempel. Das Reichspostministerium hat genehmigt, daß Leipzig fortan zur Messezeit einen eigenen Briefstempel führt: „Leipziger Messe-Poststempel“. Dieser neue Briefstempel wird schon zum nächsten Frühjahrsmesse angewendet werden, und zwar sowohl bei der allgemeinen Messe vom 29. Februar bis 6. März, wie bei der technischen Messe, die zwei Wochen später, vom 14. bis 20. März, stattfindet.

Gastwirtsrecht in Oberschlesien. Die Doppelne Gastwirte haben in energischer Form zu der neuen Bierpreissteigerung Stellung genommen und erklären, eine derartige Preiserhöhung wie die jetzige, die das Bier mit nur 2 Prozent Beste gegen früher um 300 Prozent erhöht hat, nicht mehr mitzumachen. Sie verlangten ziffernmäßige Begründung der neuen Preissteigerung oder die Mitarbeit der Gastwirte bei der Preisfestsetzung. Da dies verweigert wurde, beschloßen sie, solange von den der Oberschlesischen Brauereiverbände angehörenden Brauereien kein Bier mehr zu beziehen, solange keine Verständigung zwischen den Gastwirten und der Vereinigung erfolgt ist. Eine Protestversammlung in Gleiwitz soll dieses Vorgehen für ganz Oberschlesien einheitlich regeln.

Das Volkshaus in Kiel. Der amerikanische Dampfer „Bosfor“, mit den 250 ausgewählten Kommunisten an Bord, der Ende Dezember mit unbekannter Bestimmung nach Kiel verließ, ist wegen Nachkommens in Kiel eingelaufen. Der Dampfer ist begleitet von dem amerikanischen Kreuzer „Ballou“ und wird einige Tage bis zur Reparatur in Kiel bleiben. Seine endgültige Bestimmung ist Baltinbort in Estland.

800 Jahre Freiburg im Breisgau. Die Stadt Freiburg im Breisgau ist mit dem Jahreswechsel in das Jubeljahr ihres 800jährigen Bestehens eingetreten. Aus diesem Anlaß sind für das Jahr 1920 eine Reihe von Festlichkeiten in Aussicht genommen. Als Hauptfesttag wurde der 18. Juli festgesetzt, an welchem Tage in den Kirchen der Stadt Festgottesdienste abgehalten werden sollen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Fest im Rathaus.

Ein gewaltiger Wald-, Moor- und Heidebrand wüthet seit drei Tagen in den Waldungen und Mooren bei Wesendorf im Kreise Gifhorn (Hannover). Das Feuer erstreckt sich bisher auf etwa 5-6000 Morgen. In den Mooren stehen die großen Torfstößen in Brand und werfen ihren Feuerchein meilenweit in die Runde. Aus allen Ortschaften in der Umgegend sind die Wäldmannschaften zur Stelle, doch ist es bisher nicht gelungen, das Feuer Herr zu werden. Der Schaden ist sehr bedeutend, zumal Holz und Tor ausreicht im Kreise stehen.



Statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttet machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass unser herzlichster, innigstgeliebter Sohn, Bruder, Bräutigam, Neffe und Vetter

Herr Georg Jörg

im 23. Lebensjahre plötzlich und unerwartet nach nur zweitägigem Krankenlager, in Darmstadt verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Geisenheim, den 10. Januar 1920.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Januar, nachm. 3 Uhr von seinem Elternhause, Bleichstr. 1 aus statt; das Seelenamt am gleichen Tage morgens 7 1/2 Uhr.

Festhalle Frankfurt a. M. Art Oberammergauer Passions-Festspiele.

Unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller Ad. und Gg. Fassnacht aus Bayern.

800 Mitwirkende.

Spieltage: Vom 24. Januar bis 1. Februar jeden Abend 7 Uhr. Ausserdem am 25., 28., 31. Januar und 1. Februar auch nachm. 2 Uhr und abends 7 Uhr. Vorverkauf der Karten: Musikalienhandlg. Apelt, Katharinenpforte 1, Telefon Hansa 3046 sowie 1 Stunde vor Beginn an der Festhallenkasse. Nach Schluss der Nachmittags-Aufführungen Anschluss der Züge nach allen Richtungen.

Geschäftsstelle der Passionspiele: Festhalle Frankfurt a. M.

Kaufmännischer Verein Mittel-Rheingau

Donnerstag, 15. Januar, abends 6 1/2 Uhr
im Hörsaal der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau, Geisenheim.

VORTRAG

des Herrn Justizrat Dr. Fuld-Mainz, über:
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs

Eintrittskarten à Mk. 1.— für Nichtmitglieder sind erhältlich bei den Herren W. Aug. Ostern, Hillen und Laut.

Der Vorstand.

Gewerbe-Verein

Vorstands-Sitzung.

Die Herren Mitglieder werden zu einer Sitzung auf
Donnerstag Abend 7 Uhr, in Scholl's Gasthaus
erbenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Entgeltige Regelung der Bezüge der Vereinsbötin.
2. Besuche: Befreiung vom Unterricht betreffend.
3. Vorträge:
 - a. „Ueber den Geldverkehr des Handwerkers“ (Direktor Hertin).
 - b. „Steuerpflicht und gewerbliche Buchführung“ (Gewerbefachinspektor Kern).
4. Abhaltung eines Buchführungskurses für Handwerker und deren Frauen und Töchter.
5. Festsetzung der nächsten Generalversammlung zwecks Neuwahl des Vorstandes.
6. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Der Schriftführer:
Kilb.

Der II. Vorsitzende:
J. Edel.

Auf Wunsch junger Damen und Herren eröffne ich am Freitag Abend 7 Uhr einen neuen

Tanzkursus.

Anmeldungen werden entgegen-
genommen bei

Gastwirt Karl Raib.

Druckmaschinen fertigt schnellstens die
Buchdruckerei Jander

Gebrauchte, ganze Sektflaschen

zu kaufen gesucht.

Franz Graf jr.
Geisenheim.

Täglich frische Wurst

Frau Joh. Bach
Weinstraße 11.

Täglich frische Wurst

Pferdefleisch
nur gegen Bestellung
Samstags bei
Karl Raib, Gastwirt
Weinstraße 11.

Vertausche

Gertweiden

gegen

Kartoffeln.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle.

Empfehle alle Sorten

Obst und Gemüse

Apf., Tafeläpfel und
Birnen

das Pfd. v. 80 J bis 1.20 M

Zitronen und Apfelsinen

Margarine, auch holl.

Süßrahmmargarine

feinste Land- und

Süßrahmbutter,

Corned Beef pp.

Tilster u. holl. Gouda-Käse

Handhufe Lachsbrühe

Schwarzwurzel

Merrettig

Gelb- u. Roterüben.

Frau
Benedikt Rothhaupt Wwe.
Marktstraße.

Steingut-Flutternäpfe

für Kaninchen

und autom. Geflügeltränken

Pol. Jos. Klein, Geisenheim

Steinheimerstr. 5.



Ruhig, einfach war sein Leben,
Hoffnungsvoll war sein Bestreben,
Stets zufrieden, treu und schlicht,
Wer ihn gekannt, vergisst ihn nicht.

Nachruf.

Am 9. ds. Mts. starb plötzlich und un-
erwartet unser lieber, unvergesslicher Alters-
genosse, unser treuer Kamerad

Georg Jörg.

Sein stets offenes und biederes Wesen
wird bei uns allen ein unauslöschliches Ge-
denken für ihn bewahren und die im Felde
so manche Freuden und Leiden mit ihm
geteilt, werden ihren treuen Kameraden
nie vergessen.

Er ruhe in Frieden!

Geisenheim, den 12. Januar 1920.

Seine Altersgenossen u. Genossinnen, Jahrgang 1897.

Evang. Frauenhilfe Geisenheim-Johannisberg.

Sonnabend, 17. Januar, abends 6 Uhr
in der evangel. Kirche zu Geisenheim

Kirchenkonzert

zum Besten der Armen- und
Krankenpflege.

unter gütiger Mitwirkung von Frau Geheimrat Duisberg
von Wiesbaden, Sopran und der Herren Violinvirtuosen
E. Groell von Wiesbaden und Baum von Biebrich.

Preise der Plätze: Altarplatz 3 Mk., erster Platz
2 Mk., zweiter Platz 50 Pfg., im Vorverkauf bei
Herrn Kaufmann H. Laut und W. A. Ostern
und am Konzerttage am Eingang der Kirche zu haben.

Bürgergesellschaft Geisenheim

Dienstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr
im „Deutschen Haus“

Operetten-Abend

ausgeführt von Mitgliedern des
Nass. Landestheater Wiesbaden
(früher Kgl. Theater)

Martha Bommer, Opernsängerin

Hanna Huber, Opernsängerin

Heinrich Schorn, Opernsänger

Hans Bernhöft, Schauspieler

Hermann Hennig, Kammermusiker

Eintrittskarten: Res. Platz (num.) 4.50 Mk.,
— 1. Platz 3.50 Mk., 2. Platz 2.50 Mk. —

in den Buchhandlungen von Hillen und Ostern und im
Cigarrengeschäft Simon, Beilstrasse.

Imprägn. Weinbergspfähle und Stöckeln

sind jetzt eingetroffen.

G. Dillmann, vorm. G. Dillmann
Kirchstraße 18. Telefon 198.

Freiwillige Versteigerung.

Donnerstag, 15. Januar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr,
versteigere ich in Aufhausem im Auftrage des Herrn
Lehrer a. D. Mayer in dessen Behausung gegen gleich
bare Zahlung:

1 Doppelponty mit Geschirr, 1 wenig ge-
brauchtes Halbverdeck mit Kutscherbock ein-
und zweispännig zu fahren, auch zum
Selbstkutschieren eingerichtet, 1 Gebirgs-
leiterwagen, 1 Reitstuhl mit Zaumzeug,
1 Stehpult, 1 Feldbett, 2 eintür. Kleider-
schränke, 1 Kinderwagen mit Gummibereifung,
1 Waschkübel weiß emailliert mit
Waschschüssel und Zubehör, 2 Nachttische,
1 Spirituslampe, 5 Blumenkästen aus Beton,
mehrere Spiegel und dergl. mehr.

J. Heinz, Auktionator, Rudesheim
Telefon Nr. 187. Friedrichstr. Nr. 14.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.

Heute Abend:

Turnstunde

der aktiven Turner und
Böglinge. Vollzähliges Er-
scheinen dringend erwünscht.
Der Turnauschuß

„Cäcilie“
Geisenheim.
Vereinslokal Andr. Ober

Heute und morgen Abend
um 7 Uhr:

Gesangstunde.

Der Dirigent.

Gesangverein
Lieder-
kranz.

Dienstag Abend 8 Uhr
Gesangstunde.

Der Dirigent.

Deutschnat. Handlungs- Gehilfen-Verband

Ortsgruppe Geisenheim.

Freitag, 16. Jan. 1920

Versammlung

im Gasth. Scholl, Marktstr.

Stenographie-Kursus.

Interessenten werden ge-
beten, sich in obiger Ver-
sammlung einzufinden.

Guche

für meinen Neffen 16 Jahre
alt, leichte Beschäftigung,
gleich welcher Art (Garten-
arbeit am liebsten). Eintritt
kann sofort erfolgen.

Anfragen erbeten unter
St. 100 an die Geschäftsst.

Reinrass. deutsch.
Schäferhund

sehr schönes Tier, 1 1/2 Jahre
alt, wachsam, zu verkaufen.
Prof. Enprim, Geisenheim

Husten, Atemnot,

Beschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne
umsonst, womit ich mich von
meinem schweren Lungenleiden
selbst befreite.

Deine. Deide, Wackerleben,
Provinz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Fiechten
Krätze, offenen Weingeschwüren
gerne umsonst Auskunft. Rück-
marke erwünscht.

Tabak

echt, garantiert rein

Kautabak

Zigarren

Zigaretten

empfiehlt

Rosa Elfen, Bingen

Hasengasse 5.

Rheumatismus,
Schias, Herzleiden.

Schreibe allen Leidenden gerne
umsonst, womit ich mich von
meinem schweren Leiden selbst
befreite, nur Rückmarke er-
wünscht.

Aug. Streichert,
Dinglingerode (Eichsfeld).

Bauschule Rastede
(Oldbg.)
Meister- und Polierkurse
Ausföhr. Programm frei.